

Macht Politik für die Mehrheit der Menschen - Auf in die Arena nach Frankfurt:

Die Wähler haben das Wort



Die Arena-Veranstaltung der IG Metall ist keine Wahlkampfveranstaltung einer Partei. Die IG Metall organisiert in der Arena in Frankfurt die größte politische Wähler-Veranstaltung des Jahres: Hier wird der Wille der abhängig Beschäftigten artikuliert! In der politischen Arena haben die Wähler das Wort, nicht die Wahlkämpfer.

„Macht Politik für die Mehrheit der Menschen“, lautet die Forderung. So wenig Zutrauen die Menschen in die Politik haben, so sehr vertrauen sie darauf, dass die IG Metall ihren Ängsten und Sorgen, aber auch ihren Anforderungen an die Politik und Wirtschaft kurz vor der Bundestagswahl eine unüberhörbare Stimme verleiht. Genau das geschieht in der Arena.

Der Anspruch, politische Arena der Wähler zu sein, ergibt sich aus unserer erfolgreichen Beschäftigtenbefragung. Über 450.000 Menschen haben sich daran beteiligt. Die Teilnehmer der Arena-Veranstaltung haben hunderttausende Gespräche in

den Betrieben und auf Plätzen und Straßen geführt. Die IG Metall, ihre ehren- und hauptamtlichen Funktionäre kennen die realen Zustände des Landes. Sie erleben und gestalten sie tagtäglich. Wir sind nah an den Beschäftigten und ihren Familien – kennen deren Bedürfnisse, Erwartungen und Sorgen im Betrieb und im Alltag.

Warum Arena?

Hier treffen sich Vertrauensleute und Betriebsräte, Mitglieder und Interessierte, also ein relevanter Teil der Zivilgesellschaft. Als Gewerkschaft vertritt die IG Metall selbstbewusst und kenntnisreich die Interessen der Beschäftigten und sie steht für die Gesellschaft als Ganzes. Unsere Stimme an die Politik geht an alle demokratischen politischen Parteien.

Unsere Forderungen und Anforderungen

Die Menschen wollen, das zeigte unsere Befragung:

- Arbeit. Sicher und fair
- Eine gute Zukunft für ihre Kinder
- Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren können
- Eine gerechte Gesellschaft
- Ein sorgenfreies Leben im Alter

Die IG Metall macht dafür konkrete Vorschläge. Sie in Gesetze umzusetzen, ist Verantwortung der Politik.

Die künftige Bundesregierung muss sich das politische Programm der Menschen zu eigen machen: Dann gestaltet sie Politik für die Mehrheit der Menschen und wird den Ansprüchen der Menschen an „Sicherheit in der Krise“ und einem „guten Leben“ gerecht. Ob dies geschieht, ist Ergebnis einer möglichst hohen Wahlbeteiligung und politischer Mehrheiten, die Beschäftigteninteressen ernstnehmen.

Ein „Weiter so“ in und nach der Krise darf es nicht geben, so die klare Botschaft. Es bedarf einer gesellschaftlichen Debatte, um Vorschläge zur Veränderung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu diskutieren und durchzusetzen. Nicht die Interessen der Banken und Unternehmen, sondern die Interessen der Menschen gehören in den Mittelpunkt des politischen Handelns. Dieses verlangt, aktuell alles zu tun, um den Anspruch auf „Sicherheit in der Krise – Arbeit – Ausbildung“ durchzusetzen. Und es geht darüber hinaus um Gerechtigkeit und Teilhabe in der Gesellschaft. Das verlangt die stärkere Inanspruchnahme der großen Einkommen und Vermögen für eine gerechtere Lastenverteilung und verbietet die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten.

Um den konkreten und grundsätzlichen Anforderungen Nachdruck zu verleihen, legt die IG Metall in der Arena Anforderungen an die Politik vor.



Ihr seid die Wähler!



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ihr habt Euch auf den Weg nach Frankfurt in die Commerzbank-Arena gemacht, um an der größten Wähler- und Wählerinnen-Veranstaltung vor der Bundestagswahl am 27. September 2009 teilzunehmen. Jede und jeder von Euch hat in den letzten Wochen viele

Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen über ihre Vorstellungen eines guten Lebens und ihre Anforderungen an die Politik geführt. Damit kommt Ihr als Meinungsführer in die politische Arena. Bei unserer Veranstaltung haben nicht parteipolitische Stimmenfänger das Wort, sondern wir formulieren unsere Anforderungen an die Politik. Und sie lauten:

- Arbeit: sicher und fair
- Eine gute Zukunft für die Kinder
- Arbeit und Leben besser miteinander verbinden



- Eine gerechte Gesellschaft
- Ein sorgenfreies Leben im Alter

Das sind die Themen, die die Menschen bewegen. Die wollen wir deutlich machen.

Wir wünschen Euch eine gute Anreise.

Mit freundlichen Grüßen

Berthold Huber

1.. Vorsitzender der IG Metall

Detlef Wetzel

2. Vorsitzender der IG Metall

mn: Was will die IG Metall mit ihrer Arena-Veranstaltung erreichen?

Hofmann: Wir wollen aus dem Stadion eine Arena der Politik machen. Bei uns haben die Wählerinnen und Wähler das Wort, nicht die Wahlkämpfer. Wir wollen den Forderungen und Bedürfnissen der abhängig Beschäftigten eine Stimme verleihen. Bei uns wird der Wille der Bevölkerung artikuliert.

Dazu ist die IG Metall bisher immer regelmäßig auf die Straße gegangen. Warum jetzt nicht?

Die Arena-Aktion ist eine wichtige Etappe unserer aktiven gesellschaftspolitischen Einmi-

„Mach

schung. Über 37.000 Metalloberinnen und Metallober des Bezirks haben an den bezirklichen Aktionen im Frühjahr teilgenommen und wir werden auch im Herbst öffentlich präsent sein müssen, wenn es um die konkrete Festlegung der Politik der neuen Bundesregierung geht. Umso wichtiger ist es jetzt, noch vor den Wahlen klare Zeichen zu setzen. In der Arena geht es um Argumente und um die Forderungen der Wählerinnen und Wähler an die Politik, an eine künftige Bundesregierung. Da kann man ruhig mal neue Wege gehen.

Und das Ziel?

Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte über Vorschläge und Veränderungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Nicht die Interessen der Banken und Unternehmen gehören in den Mittelpunkt des politischen Handelns. Und dies verlangt entsprechende politische Mehrheiten.

Aber die IG Metall will sich doch in diesem Wahlkampf gar nicht festlegen.

Das stimmt nicht. Wir legen uns sogar sehr deutlich fest:

10
9
8
7
6
5
4
3
2
1

gemeinsames Handeln	Bindemittel f. Bausteine		früher aus der Arbeit	Entwässerungsgraben	Abdruck b. plötzlichem Anhalten	Fluss durch München	Staat der USA	großes Gewässer	an wechselnden Orten auftreten
beständig, gleichbleibend	Stöcke, Stangen		zu keiner Zeit		dumme, törichte Handlung (ugs.)				
heutiger Veranstaltungsort					Figur bei Wilhelm Busch			Aktion, Handlung	
Gremium im Betrieb					stehendes Binnen-gewässer	Bank-, Stahl-fach			Beute, Jagd-ergebnis
Kehrgerät			poetisch: Löwe	belgi-scher Kurort			Senke im Gelände		
Abk. für Elektrotechnik	ägyptisches Seebad	selten, knapp	Fahne			Vor-silbe: drei		roh, rück-sichts-los	
Regelung der Arbeitsbedingungen									Abkür-zung für Auszubil-dender
rundes Spiel-, Sport-gerät				italie-nische Haupt-stadt	Wasser-vogel	franzö-sisch: Straße			franzö-sisch: in
hilft in der Krise		das Ich (latei-nisch)			spani-scher Artikel		Urein-wohner Japans		
		Eure Gewerkschaft							Kfz-Zeichen Berlin
Faultier				Frau Jakobs im A. T.				hawaiia-nische Blumen-kette	
Teil-zahlung									



t endlich wieder

Politik für die Menschen“

Wir wollen eine Politik für die Mehrheit der Menschen. Was wir nicht machen, ist zur Wahl einer bestimmten Partei aufzurufen. Aber wir schauen uns die Wahlprogramme der einzelnen Parteien sehr genau an. Da wird schon deutlich, welche Parteien die Interessen der abhängig Beschäftigten aufnehmen. Nehmen wir die FDP: Sie fordert eine massive Einschränkung von Arbeitnehmerrechten, etwa des Kündigungsschutzes und der Rechte der betrieblichen Interessensvertretung. Es darf kein Zurück zu den neoliberalen Heilsversprechen geben. Mehr Markt und weniger Steuern bedeuten einen schwachen Staat. Den können sich abhängig Beschäftigte nicht leisten. Parteien, die für eine solche Politik stehen, dürfen nicht an die Regierung kommen.

Aber Schwarz-Gelb liegt deutlich in Führung.

Ach – wie falsch solche Prognosen sein können, haben wir bei der letzten Bundestagswahl gesehen. Abgerechnet wird am Wahlabend. Und wir müssen für

eine hohe Wahlbeteiligung sorgen. Gerade viele abhängig Beschäftigte sind nachvollziehbar völlig desillusioniert von der Politik. Aber von der Wahlurne fernbleiben hilft nichts. Kommt dieses sogenannte „bürgerliche Lager“ an die Macht, müssen wir uns auf eine aggressive Politik gegen die Interessen der Beschäftigten und ihrer Familien einstellen.

Warum?

Wir haben in der kommenden Legislaturperiode mit den Folgen der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit über 80 Jahren zu kämpfen. Bei einer Koalition aus Union und FDP befürchte ich, der Sozialstaat kommt unter die Räder. Schwarz-Gelb würde die Wohlhabenden verschonen und bei den Sozialausgaben streichen. Das wäre der falsche Weg.

Und wie sieht der richtige aus?

Unser Sozialsystem bewährt sich doch gerade jetzt unter dem Eindruck der Krise. Etwa das Kurzarbeitergeld: Ohne dieses hätten wir die Krisenfol-

gen bislang nicht so gut abfedern können. Immerhin gab es bisher noch keine Massenentlassungen. Aber wir müssen die Lasten dieser Krise gerechter verteilen. Hohe Vermögen und Einkommen müssen zur Finanzierung des Solidarsystems stärker herangezogen werden.

Wir haben unsere Vorschläge eingebracht. Etwa die Forderung nach einer Zukunftsanleihe bei den großen Vermögen des Landes. Aber wir brauchen auch weitere Schritte für einen wirksamen „Schutzschirm“ für die Beschäftigten. Da wäre die Verlängerung des Transfer-Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate und auch eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I. Und wir brauchen Modelle, die auch in Zukunft einen früheren Ausstieg aus dem Erwerbsleben möglich machen. Dazu muss die Förderung der Altersteilzeit fortgeführt werden. Und natürlich ein Stopp der Rente mit 67.

Wie sehen die anderen Vorschläge der IG Metall aus?

Wir orientieren uns dabei nicht zuletzt an dem, was wir auch von der Politik fordern: den Interessen der Menschen. Die wollen einen sicheren Arbeitsplatz mit fairer Bezahlung. Sie wollen eine gute Zukunft für ihre Kinder. Und sie wollen Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren können, in einer gerechteren Gesellschaft leben und auch im Alter, nach einem Leben voller Arbeit, den Tag ohne Sorgen begehen.

Woher will die IG Metall das wissen?

Über 450.000 Menschen haben sich an unserer Beschäftigtenbefragung beteiligt und auf diesem Weg die Ergebnisse zu Tage gefördert. Das gibt uns auch die Legitimation, diese Forderungen jetzt deutlich vorzutragen. Ob sie gehört werden, ist aber auch vom Engagement jeder Kollegin, jedes Kollegen abhängig, in Betrieb und Freizeit für die Wahlbeteiligung zu werben. Und deutlich zu machen, dass hier Weichen gestellt werden, die Beschäftigteninteressen nachhaltig berühren.



Macht Politik für die Mehrheit der Menschen!

Schluss mit der Ungerechtigkeit!

**Wir treffen uns
in Frankfurt!**

Arena Kundgebung: 5. September 2009

Programm:

10 bis 11 Uhr – Auftakt – „Frankfurt gehört uns“

Zentrale Jugendkundgebung, Alte Oper, Frankfurt

Immer mehr jungen Menschen wird der Berufseinstieg verweigert. Ohne Ausbildung, Übernahme und Festanstellung gibt es keine Sicherheit und keine Zukunftsperspektiven für junge Leute. Deshalb gehen wir gemeinsam auf die Straße und fordern: Das muss anders werden! Die Zukunft gehört uns!

● Mit Berthold Huber, Detlef Wetzel, Regina Görner und Eric Leiderer.

● Für Musik sorgt die Band Microphone Mafia.

Im Anschluss fahren Busse in die Arena.

Ab 11 Uhr – Arena

Einstimmung mit Straßenkünstlern, Marching Bands, Dudelsackpfeifern und Sambagruppen

13 bis 16 Uhr – Arena-Veranstaltung

- Begrüßung
- Kurze persönliche Statements zu den Themen der Befragung
- Politisches Kabarett mit Wilfried Schmickler
- Musik mit Samy Deluxe
- Metallerinnen und Metaller stellen ihre Aktionen vor
- Stadionaktionen
- Berthold Huber, 1. Vorsitzender der IG Metall
- Musikperformance „Hope“
- Teilnehmerinterviews und Gespräche

- Musik mit Bob Geldof
- Detlef Wetzel, 2. Vorsitzender der IG Metall
- Gemeinsamer Abschluss mit allen Künstlern und Teilnehmern

